

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 14 | 29. Juni bis 12. Juli 2020

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

EU-Ministerrat bestätigt Einigung über Sammelklagen für Verbraucher

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten bestätigte am 30. Juni 2020 die mit dem EU-Parlament erzielte vorläufige Einigung über Sammelklagen für Verbraucher. Die Einigung wurde anschließend vom Rechtsausschuss geprüft und am 07. Juli 2020 betätigt. Der EU-Ministerrat wird auf der Grundlage des vereinbarten Textes seinen Standpunkt in erster Lesung festlegen. Das EU-Parlament wird dann den Standpunkt des EU-Ministerrates in erster Lesung billigen und die Richtlinie gilt als angenommen.

Mit der „Richtlinie über Verbandsklagen“ werden die ersten EU-weiten Regeln für kollektive Rechtsbehelfe, sogenannte Sammelklagen eingeführt. Damit sollen Verbraucher bei Massenschadensereignissen wie dem Dieselskandal Schutz erhalten. Gleichzeitig sollen durch angemessene Garantien missbräuchliche Klagen vermieden werden. So können nur Einrichtungen für Verbraucher, aber nicht Anwaltskanzleien Klagen initiieren.

Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben dann 24 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, und weitere sechs Monate, um sie anzuwenden. Verbraucherverbände werden dann Rechtsverstöße nicht nur feststellen und unterbinden lassen können, sondern auch Schadenersatz einfordern können.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/06/30/eu-consumers-obtain-access-to-collective-redress/https://ec.europa.eu/germany/news/20200630-eu-verbandsklagen_de

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200619IPR81613/sammelklagen-eu-verbraucher-konnen-bald-ihre-rechte-kollektiv-verteidigen>

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/society/20200630STO82384/new-rules-to-allow-collective-eu-consumer-action>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäische Kommission präsentiert Strategien für das Energiesystem der Zukunft und für sauberen Wasserstoff

Die Europäische Kommission (EU-Kommission) hat am 8. Juli 2020 eine Strategie zur Integration des Energiemarkts und eine Strategie zu Wasserstoff angenommen. Die beiden Strategien sollen den Weg zu einem effizienteren und stärker vernetzten Energiesektor ebnen. Die Wasserstoffstrategie befasst sich damit, wie ihr Potenzial durch Investitionen, Regulierung, Schaffung von Märkten sowie Forschung und Innovation ausgeschöpft werden kann. Die EU-Strategie zur Integration des Energiesystems soll den Rahmen für die Energiewende bilden. Integration des Energiesystems bedeute, dass das System als ein Ganzes, unter Vernetzung verschiedener Energieträger, Infrastrukturen und Verbrauchssektoren, geplant und betrieben wird. Diese Strategie beruht auf folgenden drei Säulen:

- Erstens einem **stärker „kreislauforientierten“ Energiesystem**, dessen zentraler Bestandteil die Energieeffizienz ist. In der Strategie werden konkrete Maßnahmen zur praktischen Anwendung des Grundsatzes „Energieeffizienz an erster Stelle“ und zur wirksameren Nutzung lokaler Energiequellen in Gebäuden oder Gemeinschaften aufgezeigt. Erhebliches Potenzial böten die Wiederverwendung von Abwärme aus Industrieanlagen, Rechenzentren oder anderen Quellen sowie die Energiegewinnung aus Bioabfall oder Kläranlagen. Die „Renovierungswelle“ werde ein wichtiger Bestandteil dieser Reformen sein.
- Zweitens einer **stärkeren direkten Elektrifizierung der Endverbrauchssektoren**. Da der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor am höchsten ist, sollte zunehmend Strom genutzt werden, beispielsweise für Wärmepumpen in Gebäuden, Elektrofahrzeuge im Verkehr oder Elektroöfen in bestimmten Industriezweigen. Ein Netz von einer Million Ladestationen für Elektrofahrzeuge soll neben dem Ausbau der Solar- und Windkraft zu den sichtbaren Ergebnissen zählen.

- Für die Sektoren, in denen eine Elektrifizierung schwierig ist, wird in der Strategie die **Nutzung saubererer Brennstoffe**, z. B. von erneuerbarem Wasserstoff, nachhaltigen Biokraftstoffen und Biogas, vorgeschlagen. Die EU-Kommission wird ein neues Klassifizierungs- und Zertifizierungssystem für erneuerbare und CO₂-arme Brennstoffe vorschlagen.

In der Strategie werden 38 Maßnahmen zur Schaffung eines stärker integrierten Energiesystems aufgeführt. Dazu gehören die Überarbeitung der bestehenden Rechtsvorschriften, finanzielle Unterstützung, Erforschung und Einsatz neuer Technologien und digitaler Tools, Leitlinien für die Mitgliedstaaten zu steuerlichen Maßnahmen und dem Auslaufen von Subventionen für fossile Brennstoffe, eine Reform der Marktsteuerung und Infrastrukturplanung sowie bessere Informationen für Verbraucher.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200708-wasserstoffstrategie_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1259

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/energy_system_integration_strategy.pdf

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/hydrogen_strategy.pdf

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_1258

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_1257

2. EU-Kommission plant Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität

Die EU-Kommission veröffentlichte am 1. Juli 2020 einen sogenannten Fahrplan und eine Konsultation zu einer Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität. Zum Fahrplan kann bis 29. Juli 2020 Feedback gegeben werden. Die Konsultation läuft bis zum 23. September 2020. Die Annahme der Strategie ist für das vierte Quartal 2020 geplant. Eines der großen Ziele des europäischen Grünen Deals ist es, bis zum Jahr 2050 die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen um 90% zu senken. Die EU-Kommission will eine umfassende Strategie aufstellen, um dieses Ziel zu erreichen. Angestrebt wird eine größere Verbreitung emissionsfreier Fahrzeuge, die Bereitstellung nachhaltiger Alternativlösungen für die Öffentlichkeit und die Unternehmen, die Förderung der Digitalisierung und Automatisierung sowie eine bessere Konnektivität und Zugänglichkeit.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12438-Sustainable-and-Smart-Mobility-Strategy>

3. EU-Kommission erarbeitet strengere Emissionsnormen für Kraftfahrzeuge

Die EU-Kommission eröffnete am 6. Juli 2020 eine öffentliche Konsultation zu einem für das vierte Quartal 2021 geplanten Vorschlag für eine Verordnung über Europäische Normen für Fahrzeugemissionen. Im Rahmen dieser Initiative werden strengere Emissionsnormen (Euro 7) für alle Benzin- und Dieselfahrzeuge, leichten Nutzfahrzeuge, Lastkraftwagen und Busse entwickelt. Um sicherzustellen, dass die Fahrzeuge auf den Straßen der EU während ihrer gesamten Lebensdauer umweltfreundlich sind, werden die vorgeschlagenen Vorschriften neue Fahrzeugtechnologien berücksichtigen und sicherstellen, dass die Emissionen in Echtzeit gemessen werden. Die EU-Kommission erbittet bis 9. November 2020 Beiträge zu dieser Konsultation.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12313-Development-of-Euro-7-emission-standards-for-cars-vans-lorries-and-buses>

4. EU-Kommission überprüft Regelungen für Verkauf von Flugtickets

Die EU-Kommission startete am 9. Juli 2020 eine Konsultation zu einem sogenannten Fahrplan für eine Überarbeitung des Verhaltenskodex für EDV-gestützte Reservierungssysteme. Flugtickets würden heute ganz anders als vor zehn Jahren gekauft. Mit der zunehmenden Nutzung des Internets und der Entwicklung neuer Technologien sei die Zahl der Kanäle, über die Tickets an Verbraucher verkauft werden, gestiegen. Die geltenden EU-Vorschriften für den Flugticketvertrieb müssten daher auf ihre Zweckdienlichkeit überprüft werden. Die EU-Kommission werde nach dieser Überprüfung über mögliche weitere Schritte entscheiden. Für das vierte Quartal 2021 sei der Vorschlag für eine Verordnung geplant. Die EU-Kommission erbittet bis 3. September 2020 Rückmeldungen zu dieser Initiative.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12507-Possible-revision-of-the-Code-of-Conduct-for-computerised-reservation-systems-CRS->

5. EU-Kommission evaluiert Fahrgastrechte im Seeverkehr und in der Binnenschifffahrt

Die EU-Kommission hat am 3. Juli 2020 eine Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Verordnung über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr eingeleitet. Damit solle über sechs Jahre nach dem Wirksamwerden der Rechtsvorschriften geprüft werden, wie wirksam sie derzeit angewendet werden, ob ihre Ergebnisse den Erwartungen entsprechen und wie in ihrem Rahmen auf unterschiedliche Herausforderungen reagiert werden kann. Die Frist für Rückmeldungen läuft bis zum 2. Oktober 2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11878-Evaluation-of-rights-of-passengers-when-travelling-by-sea-and-inland-water-way>

6. EU-Kommission überprüft Rechte von Fluggästen mit Behinderungen

Die EU-Kommission hat am 3. Juli 2020 eine Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Verordnung über die Rechte von Flugreisenden mit Behinderungen/eingeschränkter Mobilität eingeleitet. Überprüft wird, wie effizient die geltende Verordnung angewendet wird, ob sie die erwarteten Ergebnisse liefert und wie sie den verschiedenen Herausforderungen gerecht wird. Rückmeldungen sind bis 2. Oktober 2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11896-Evaluation-of-rights-of-persons-with-disabilities-and-with-reduced-mobility-PRM-when-travelling-by-air>

7. EU-Kommission unterzieht Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr einer Bewertung

Die EU-Kommission hat am 3. Juli 2020 eine Konsultation zur geplanten Überarbeitung der Verordnung über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr eingeleitet. Die Verordnung wurde 2011 erlassen. Daher müsse bewertet werden, wie gut sie sich seither bewährt hat und ob sie in Bezug auf Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz und EU-Mehrwert weiterhin gerechtfertigt ist. Rückmeldungen sind bis 2. Oktober 2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11879-Evaluation-of-rights-of-passengers-in-bus-and-coach-transport-in-the-EU>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde ruft Versicherer zu verbraucherfreundlichem Verhalten auf

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) hat am 8. Juli 2020 die Versicherungsunternehmen aufgefordert, die Vorgaben des Produktfreigabeverfahrens zu beachten. Versicherer sollten Produkte identifizieren, deren Hauptmerkmale, Risikodeckung und Garantien durch die Corona-Pandemie erheblich beeinträchtigt werden. Die EIOPA erwartet wirksame Abhilfemaßnahmen der Produkthersteller, wenn sie feststellen, dass durch eines ihrer Produkte die Kunden im Ziel-

markt nachteilig behandelt werden. In Frage kämen beispielsweise Anpassungen der Abdeckung und der Leistungen, Erweiterungen bestehender Garantien durch „maßgeschneiderte“ Klauseln, höhere Bonuszahlungen, zusätzliche Dienstleistungen und Abdeckungen, Verbesserungen bei der Beschreibung der Produktmerkmale, sowie Rabatte oder Prämienrückzahlungen. Die EIOPA hatte bereits am 1. April 2020 Hinweise zum verbraucherfreundlichen Verhalten veröffentlicht.

https://www.eiopa.europa.eu/content/supervisory-expectations-product-over-sight-and-governance-requirements-amidst-covid-19_en

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Parlament fordert Maßnahmen zur Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion

Das EU-Parlament verabschiedete am 10. Juli 2020 eine Entschließung zur Strategie der Europäischen Union (EU) im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie. Das EU-Parlament fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, die richtigen Lehren aus der COVID-19-Krise zu ziehen und im Bereich der Gesundheit deutlich stärker zusammenzuarbeiten. Es fordert daher eine Reihe von Maßnahmen zur Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion. Das EU-Parlament fordert die EU-Kommission auf, die Schaffung eines Europäischen Gesundheitsreaktionsmechanismus (European Health Response Mechanism, EHRM) vorzuschlagen, um auf alle Arten von Gesundheitskrisen zu reagieren, die operative Koordinierung auf EU-Ebene zu stärken, die Bildung und die Auslösung der strategischen Reserve für Arzneimittel und medizinische Ausrüstung zu überwachen und deren ordnungsgemäße Funktionsweise sicherzustellen.

Ferner fordert das EU-Parlament die EU-Kommission auf, in Absprache mit der Zivilgesellschaft die Schaffung eines europäischen Raumes für Gesundheitsdaten und einen neuen strategischen Rahmen für Gesundheit und Sicherheit vorzulegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200710IPR83101/parlament-will-eine-europaische-gesundheitsunion>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200706IPR82715/eu-soll-starkere-rolle-bei-der-verbesserung-der-offentlichen-gesundheit-spielen>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0205_DE.html

2. Konsultation zu geplantem EU-Rechtsakt zu Lebensmittelsicherheit, Allergien und Lebensmittelverschwendung

Die EU-Kommission eröffnete am 9. Juli 2020 eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer für das dritte Quartal 2020 vorgesehenen Verordnung über neue EU-Vorschriften für Lebensmittelsicherheit, Allergien und Lebensmittelverschwendung. Mit der Überarbeitung der EU-Verordnung über Lebensmittelhygiene sollen die folgenden Ziele erreicht werden: Verbesserung der Lebensmittelsicherheit in der EU, indem die EU-Standards mit neuen internationalen Normen in Einklang gebracht werden, Gewährleistung angemessener Maßnahmen für die Lebensmittelsicherheit bei Lebensmittelspenden und Reduzierung von Lebensmittelverschwendung als Teil des europäischen Grünen Deals. Kreuzkontamination und Lebensmittelallergien böten in der Europäischen Union (EU) und weltweit zunehmend Anlass zur Besorgnis.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12230-Hygiene-rules-on-allergens-food-redistribution-and-food-safety-culture>

3. EU-Parlament gegen Verlängerung für Wirkstoff Flumioxazin

In seiner nichtbindenden Entschließung vom 10. Juli 2020 sprach sich das EU-Parlament gegen die Verlängerung der Laufzeit des Pflanzenschutzmittels Flumioxazin aus. Es gebe weder Nachweise dafür, dass der Stoff sicher verwendet werden könne, noch eine dringende Notwendigkeit, den Wirkstoff für die Lebensmittelerzeugung einzusetzen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0197_DE.html

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. EU-Kommission plant Stärkung der Cybersicherheit

Die EU-Kommission hat am 7. Juli 2020 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (NIS-Richtlinie) eingeleitet. Die NIS-Richtlinie verpflichtet Unternehmen, die wesentliche Dienstleistungen in lebenswichtigen Bereichen wie Energie, Verkehr und Bankwesen erbringen, sowie Anbieter digitaler Dienste wie Suchmaschinen, Cloud-Computing-Dienste oder Online-Marktplätze, ihre informationstechnologischen Systeme zu schützen und größere Vorfälle im Bereich der Cybersicherheit den nationalen Behörden zu melden. Alle Interessierten können bis zum 2. Oktober 2020 Beiträge einbringen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12475-Revision-of-the-NIS-Directive>

2. EU-Kommission klärt Verfahren zur Bewertung auf Online-Plattformen

Die EU-Kommission hat am 10. Juli 2020 Leitlinien veröffentlicht, die Händlern, Online-Plattformen und Suchmaschinen helfen sollen, die neuen Vorschriften für die Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen korrekt zu nutzen. In den kommenden Wochen wird die EU-Kommission auch offizielle Leitlinien zum Ranking veröffentlichen. Seit dem 12. Juli 2020 erfahren Händler, die ihre Waren online über Marktplätze verkaufen, nach welchen Kriterien sie in Suchergebnissen eingestuft werden. Hotels auf Buchungsplattformen erhalten mehr Klarheit über unfaire Geschäftsbedingungen und App-Entwickler können gegen Entscheidungen von App-Stores vorgehen, die ihre Inhalte löschen wollen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200710-leitlinien-online-plattformen_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1301

3. Europäischer Gerichtshof beschränkt Auskunftsrecht von Rechtsinhabern gegenüber Online-Plattformen

In seinem Urteil vom 9. Juli 2020 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass bei illegalem Hochladen eines Films der Rechtsinhaber von Online-Plattformen wie YouTube nur die Postanschrift des betreffenden Nutzers, nicht aber dessen E-Mail-Adresse, IP-Adresse oder Telefonnummer verlangen kann. Die Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums beziehe sich ausschließlich auf die Postanschrift.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-07/cp200088de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=228366&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9272121>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Kommission betreibt Stärkung der Marktüberwachung

Die EU-Kommission stellte am 6. Juli 2020 den Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Informations- und Kommunikationssystem für die Marktüberwachung zur Diskussion. Das Informations- und Kommunikationssystem für die

Marktüberwachung (ICSMS) ist eine IT-Plattform zur Erleichterung der Kommunikation zwischen Marktüberwachungsbehörden in der EU und den EFTA-Ländern. Informationen über nicht konforme Produkte können ausgetauscht werden, um Doppelarbeit zu vermeiden und unsichere Produkte schneller vom Markt nehmen zu können. Mit dieser Initiative wird das ICSMS aktualisiert, um die Verwaltungszusammenarbeit zu verbessern, und das System auf nicht harmonisierte Waren (d. h. Waren, die nicht unter die EU-Vorschriften fallen) ausgeweitet. Zu diesem Verordnungsentwurf kann bis 3. August 2020 Stellung genommen werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12373-Information-and-Communication-System-on-Market-Surveillance-for-the-purposes-of-Mutual-Recognition-Regulation->

2. EU-Warnsystem: Im Jahr 2019 lösten mehr als 2.200 gefährliche Produkte EU-weiten Alarm aus

Die EU-Kommission veröffentlichte am 7. Juli 2020 ihren jüngsten Bericht über das sogenannte „Schnellwarnsystem“, mit dem die EU-Kommission den Verkauf gefährlicher Produkte auf dem Markt verhindern will. Im Jahr 2019 lösten mehr als 2.200 gefährliche Produkte EU-weiten Alarm aus. Dies entspricht einem Anstieg um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr und um 63 Prozent seit 2015. Die meisten Gefahrenmeldungen an das EU-Schnellwarnsystem gingen im letzten Jahr in den Bereichen Spielzeug und Kraftfahrzeuge ein. 454 Meldungen kamen aus Deutschland. Hier führten Kraftfahrzeuge (74 Prozent), Spielzeuge (5 Prozent) und Bekleidungsartikel (5 Prozent) die Liste der gemeldeten gefährlichen Produkte an. Die Anzahl der Folgemaßnahmen wie Rückrufaktionen oder Vernichtung von Produkten stieg gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent auf 4.477, davon 98 in Deutschland.

Die EU-Kommission hat am 7. Juli 2020 auch die Ergebnisse der koordinierten Maßnahmen zur Produktsicherheit (CASP) veröffentlicht. In diesem Rahmen waren 652 von den Mitgliedstaaten ausgewählte Produkte gemeinsam von der EU-Kommission und europäischen Behörden auf ihre Sicherheit getestet worden. 38 Prozent aller geprüften Produkte verstießen gegen bestimmte Aspekte der EU-Sicherheitsvorschriften. Bei 11 Prozent der Produkte (75 Produkte) wurde festgestellt, dass sie ein ernstes Risiko für die Verbraucher darstellen. Während beispielsweise alle geprüften Fahrradsitze ein gewisses Risiko aufwiesen, ging nur von 8 Prozent eine ernste Gefahr aus. Nach Kategorien aufgeschlüsselt wiesen Kuscheltiere mit 68 Prozent die meisten ernstesten Risiken auf, während Batterien mit 1 Prozent die geringsten ernstesten Risiken verzeichneten.

Wenngleich sie nicht Gegenstand des Berichts von 2019 sind, wurden seit Beginn des Coronavirus-Ausbruchs mehrere neue Warnmeldungen registriert. Bis zum 1. Juli gab es 63 Warnmeldungen zu Gesichtsmasken, 3 Warnmeldungen

zu Schutzanzügen, 3 Warnmeldungen zu Handdesinfektionsmitteln und 3 Warnmeldungen zu UV-Lampen („tragbare UV-Sterilisatoren“). Zwischen dem 1. März 2020 und dem 1. Juli 2020 wurden 10 Folgemaßnahmen in Bezug auf Gesichtsmasken sowie eine Folgemaßnahme zu einem Handdesinfektionsmittel ergriffen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200707-eu-warnsystem-gefaehrlicher-produkte_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1270

https://ec.europa.eu/consumers/consumers_safety/safety_products/rapex/alerts/repository/content/pages/rapex/index_en.htm#2019Result

https://ec.europa.eu/consumers/consumers_safety/safety_products/rapex/alerts/?event=casp:home&lng=en

3. Europäische Verbraucher halten sich beim Konsum zurück

Nach Berechnungen des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) und der Europäischen Zentralbank (EZB) lag die Sparquote der privaten Haushalte im Euroraum im ersten Quartal 2020 mit 16,9 Prozent auf einem Allzeithoch. Die Investitionsquote der privaten Haushalte ist hingegen auf 8,7 Prozent gesunken. Die Sparquote umfasst den Teil des verfügbaren Bruttoeinkommens, der nicht in Form von Konsumausgaben verbraucht wird. Die Investitionen der privaten Haushalte bestehen hauptsächlich aus dem Kauf und der Instandhaltung von Wohnungen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10300283/2-03072020-AP-DE.pdf/f3d60140-0576-719a-140d-9c326891a202>

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (13. Juli 2020)

Rechte und Pflichten der Bahnreisenden (Vorbereitung des vierten Trilogs).

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (13. Juli 2020)

Aktionsprogramm für Gesundheit 2021-2027.

Sonderausschuss Landwirtschaft (13. Juli 2020)

Verordnung über die Strategiepläne der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 (Vorbereitung der Aussprache im Rat); Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Vorbereitung der Aussprache im Rat); Lage auf dem Agrarmarkt (Vorbereitung der Aussprache im Rat); Ökologischer/biologischer Landbau: Absicht der Kommission, einen Vorschlag für einen Aufschub des Geltungsbeginns der Verordnung (EU) 2018/848 vorzulegen (Informationen der Kommission und des Vorsitzes).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (13. Juli 2020)

Verordnung über ePrivacy (Aussprache über Vorlage der deutschen Ratspräsidentenschaft).

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (13. Juli 2020)

Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei Offshore-Windenergie und anderen erneuerbaren Energien.

Videokonferenz der Umweltminister (13./14. Juli 2020)

Die Videokonferenz bietet die Möglichkeit für einen ersten Austausch zu den wichtigsten Klima- und Umweltdossiers unter deutscher EU-Ratspräsidentenschaft.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) – 2. Teil (14. Juli 2020)

Richtlinie und Verordnung über Crowdfunding (Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates).

Ratsarbeitsgruppe „Audiovisuelle Medien“ (15. Juli 2020)

Schutz eines freien Mediensystems – Medienpluralismus neu überdenken (Aussprache über Vorlage des deutschen Ratsvorsitzes).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) – 1. Teil (15. Juli 2020)

Strategie „Vom Hof auf den Tisch“.

Videokonferenz der Gesundheitsminister (16. Juli 2020)

Bewältigung der COVID-19-Pandemie.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (16. Juli 2020)

Strategie zur Integration der Energiesysteme (Aussprache); Wasserstoffstrategie (Aussprache).

Rat Landwirtschaft und Fischerei (20. Juli 2020)

Aussprache über Paket zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020; Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Gedankenaustausch); Lage auf dem Agrarmarkt (Vorstellung durch die Kommission/Gedankenaustausch); Arbeitsprogramm des Vorsitzes. Richtlinie und Verordnung über Crowdfunding (Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates ohne Aussprache – „A-Punkt“).

Ratsarbeitsgruppe „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (22. Juli 2020)

Programm für die Arbeitsgruppe zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im zweiten Halbjahr 2020 (Präsentation der deutschen Ratspräsidentschaft und Meinungsaustausch); Sitzung des Hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung (HLPF) – Debriefing (EU-Delegation in New York/Kommissionsdienststellen) und Meinungsaustausch; Eurostat-Bericht 2020 über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele im EU-Kontext – Präsentation (Kommission/Eurostat) und Meinungsaustausch.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Kultur und Bildung (13. Juli 2020)

Europäisches Jahr der Schiene (2021) – Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme; Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts – Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme; Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen – Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme; Gesetz über digitale Dienste und die Grundrechte betreffende Fragen – Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (13. Juli 2020)

Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts (gegebenenfalls Annahme von Stellungnahme); Künstliche Intelligenz in der Bildung, der Kultur und dem audiovisuellen Bereich (gegebenenfalls Annahme von Stellungnahme).

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (13. Juli 2020)

Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (Annahme von Änderungsanträgen); Engpässe bei Arzneimitteln und der Umgang mit einem sich abzeichnenden Problem (Annahme von Änderungsanträgen).

Haushaltsausschuss (13./14. Juli 2020)

Aufstellung eines Aktionsprogramms der Union im Bereich der Gesundheit (2021–2027).

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (13./14. Juli 2020)

Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Berichterstattung an den Ausschuss über die Verhandlungen); Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung (EU)

2018/1999 (Europäisches Klimagesetz) – Annahme von Stellungnahme; Rahmen für die ethischen Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien – Annahme von Stellungnahme; Regelung der zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz künstlicher Intelligenz – Annahme von Stellungnahme; Besuch des deutschen Bundesministers Andreas Scheuer – Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Fernteilnahme) – Programm der deutschen Ratspräsidentschaft; Aussprache mit Kerstin Jorna, Generaldirektorin der GD Binnenmarkt (Kommission), über tourismuspolitische Aspekte des Aufbauplans der EU und des überarbeiteten Mehrjährigen Finanzrahmens.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (15. Juli 2020)

Aussprache mit Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, über die Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes im Bereich Landwirtschaft; Aussprache mit einem Vertreter der Kommission über die Anwendung der Verordnung zur Tiergesundheit.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (16. Juli 2020)

Abstimmung über die Änderungsanträge zu dem Entwurf einer Stellungnahme zu dem Thema „Auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Binnenmarkt für Unternehmen und Verbraucher“; Vorstellung des Programms des Ratsvorsitzes – Aussprache mit Julia Klöckner, Bundesministerin Deutschlands für Ernährung und Landwirtschaft.

Plenum (14. bis 17. September 2020)

Lage der Union – Erklärung der Präsidentin der Kommission; Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt – Anfragen zur mündlichen Beantwortung; Die Bedeutung städtischer und grüner Infrastruktur – Europäisches Jahr für grünere Städte 2022 – Anfrage zur mündlichen Beantwortung; Die Rolle der Europäischen Aufsichtsbehörden im Wirecard-Skandal – Erklärungen des Rates und der Kommission; Die Rechte älterer Menschen in der COVID-19-Krise und darüber hinaus – Erklärung der Kommission; Maximierung des Energieeffizienzpotenzials des Gebäudebestands der EU; Verordnung zur Festlegung von Maßnahmen für einen nachhaltigen Eisenbahnmarkt in Anbetracht der COVID-19-Pandemie; Erholung der Kultur in Europa – Entschließungsanträge.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (15. Juli 2020)

COVID-19: Vorbereitung für ein mögliches Wiederaufleben – Früherkennung und Reaktion.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (22. Juli 2020)

EU-Drogenagenda und -Aktionsplan; EU-Strategie für einen wirksameren Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern; Überarbeitung der Benchmark-Verordnung; Gezielte Änderungen der Finanzvorschriften zur Erleichterung der wirtschaftlichen Erholung in der Post-COVID-19-Krise.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Hybrid-Plenartagung (15./16. Juli 2020)

Debatte über die Prioritäten des deutschen EU-Ratsvorsitzes mit Peter ALTMAIER, deutscher Bundesminister für Wirtschaft und Energie; Ein neues Modell multilateraler Beziehungen: eine drängende Frage nach der COVID-19-Krise (Initiativstellungnahme); Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft; Gestaltung der digitalen Zukunft Europas; Aktionsplan zur Durchsetzung des Binnenmarkts / Hindernisse für den Binnenmarkt ermitteln und abbauen; Europäisches Klimagesetz; Besteuerung der kollaborativen Wirtschaft – Berichtspflichten (ergänzende Stellungnahme); Eine inklusive und nachhaltige Bankenunion (Initiativstellungnahme); Besteuerungsverfahren zur Verringerung der CO₂-Emissionen (Initiativstellungnahme); Stärkung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der EU (Initiativstellungnahme); Gleichstellungsstrategie; Europäisches Jahr der Schiene (2021); Nachhaltiger Eisenbahnmarkt in Anbetracht der COVID-19-Pandemie; Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz; Europäischer Klimapakt (Sondierungsstellungnahme); Einführung von Schutzmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Handelsabkommen (Initiativstellungnahme); Umsetzung von Freihandelsabkommen 1. Januar 2018 – 31. Dezember 2018.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C 311/18 Facebook Ireland und Schrems (16. Juli 2020)

Datenübermittlung in die USA.

Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C 682/18 YouTube und C 683/18 Cyando (16. Juli 2020)

Haftung von YouTube bzw. „uploaded“ für urheberrechtsverletzende Inhalte?

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)